

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 63579 FREIGERICHT

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Hr. Brönnner
Rathaus

63579 Freigericht

GRÜNE FREIGERICHT

Fraktion im Gemeindeparlament

Achlm Kreis

Fraktionsvorsitzender

Bonifatiusstr. 21
63579 Freigericht
Tel: +49 (6055) 880280
Fax: +49 (6055) 909101
kreis@gruene-freigericht.de

Antrag: Auflösung des Eigenbetriebs

Freigericht, 16.1.2016

Sehr geehrter Herr Brönnner,

folgenden **Antrag** bitten wir in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung beraten und beschließen zu lassen:

Das gemäß § 115 Abs. 1 Nr. 3 HGO gebildete Sondervermögen der Wirtschaftsbetriebe der Gemeinde Freigericht wird zum 31.12.2016 aufgelöst. Die darin enthaltenen Verbindlichkeiten und Vermögensgegenstände sind wieder in den Haushalt der Gemeinde Freigericht zu integrieren und im Haushalt 2017 den Fachämtern zuzuweisen.

Begründung:

Für den Haushaltsplan stellt der Eigenbetrieb eine Blackbox dar: Es ist für Außenstehende schlichtweg nicht nachvollziehbar, wie sich Umlagen und Allokationen der Eigenbetriebe zusammensetzen. So bleiben die tatsächlichen Kosten im Dunklen, mögliche Synergieeffekte und damit Einsparpotential werden verschleiert.

Zudem ist der Eigenbetrieb durch seine Sonderstellung derzeit der direkten Kontrolle durch die Gemeindevertretung entzogen. Eine Überwachung soll zwar durch die Eigenbetriebskommission sichergestellt werden, allerdings stellt sich dies oft als problematisch dar. Kurzfristige Einladungen zu frühzeitigen Sitzungen, teilweise nicht vorhandene oder verspätete Protokolle, mangelnde Information und fehlende Vorbereitungszeit macht es einigen Mitgliedern schwer, die übertragene Aufgabe und ihr Mandat auszuüben. Die Information der Fraktionen läuft hier nur indirekt, obwohl die Gemeindevertreter*innen die Mittel ja „direkt“ beschließen müssen. Der Eigenbetrieb handelt, die Gemeindevertretung darf die Verantwortung tragen.

Weiterhin sehen wir es kritisch, dass alle Sitzungen der Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und der Vertraulichkeit unterliegen. Bürgerinnen und Bürger sind vollkommen außen vor. Ihnen ist es nicht möglich ist, die in der Kommission getroffenen Entscheidungen nachzuvollziehen. Wie im Gemeindehaushalt werden hier Gelder der Steuerzahler ausgegeben, ein Mindestmaß an Transparenz sollte ermöglicht werden. Sicherlich können aus rechtlichen Gründen nicht alle Beratungen und Entscheidungen öffentlich stattfinden. Es kann allerdings auch für einzelne Beratungspunkte

die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. So wäre dieser Zweig der Gemeindepolitik dem Bürger zumindest nicht ganz entzogen. Zudem haben Entscheidungen durch die Gemeindevertretung eine unmittelbare und damit größere demokratische Legitimation.

Durch die Übernahme des zusätzlichen Aufgabenbereiches „Hallenbad“ ergeben sich erhöhte Anforderungen an die Führung des Eigenbetriebs. In ihrer derzeitigen Personalstruktur sehen wir die Leitung des Eigenbetriebs nicht in der Lage, diesen gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Das zeigt sich an verspäteten Wirtschaftsplänen und an unerkannt fehlerhaften Gutachten, welche der Gemeindevertretung als Grundlage für ihre Entscheidung vorgelegt wurden.

Bei einer Integration in die Verwaltung könnten Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt und die jeweiligen Probleme in fachlich versierte Hände gegeben werden. Zudem wäre die Aufstellung eines Wirtschaftsplans dann nicht mehr erforderlich und verschiedene Prüfungen entfallen ebenfalls.

Letztlich ist auch der U3-Neubau ein Beispiel für die strukturellen Fehler, die zur Überschreitung der Baukosten führen. Der Eigenbetrieb begann den Bau ohne eine detaillierte Kostenschätzung, die erst nach einem halben Jahr vorgelegt wurde, und eine Erhöhung des Raumprogrammes von 355 auf 450 qm wurde vom Eigenbetrieb bzw. der Betriebsleitung ohne jeglichen Beschluss durchgeführt.

Die Gemeindevertretung muss wieder die Kontrolle über ihre Bauvorhaben bekommen und Beschlüsse dieser Größenordnung müssen parlamentarisch abgesichert werden. Bereits im Leitfaden (des Landes Hessen) für Schutzschirm-Kommunen wurde übrigens festgestellt, dass Eigenbetriebe und öffentliche Unternehmen in die Kernhaushalte zurückgeholt werden sollten, diesen Schritt wollen wir in Freigericht nun endlich gehen.

Mit freundlichen Grüßen

